

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakate
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 103

Mittwoch, den 4. Mai 1932

Jahrgang 105

Reichswirtschaftsminister Warmbold tritt zurück Meinungsverschiedenheiten im Reichskabinett — Eine Regierungskrise vermieden Notverordnung zur Ergänzung des SA.-Verbots

U. Berlin, 4. Mai. Der Reichspräsident empfing am Dienstag mittag den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag über die innerpolitische Lage und die gegenwärtigen Kabinettsberatungen. Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten hierbei von dem Rücktrittsgesuch des Reichswirtschaftsministers Prof. Warmbold Kenntnis gegeben. Nach Lage der Dinge dürfte sich an der Tatsache des Rücktritts nichts mehr ändern. Die Ernennung eines Nachfolgers für Prof. Warmbold steht bevor. Gerüchte, wonach im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Reichswirtschaftsministers eine allgemeine Umbildung des Reichskabinetts erfolgen soll, werden an zuständiger Stelle dementiert.

Wie verlautet, ist der Wunsch des Reichswirtschaftsministers Warmbold, zurückzutreten, auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts zurückzuführen, da sich der Reichswirtschaftsminister mit der hauptsächlich vom Reichsarbeitsminister befürworteten Einführung der 40-Stundenwoche nicht einverstanden erklärte. Auch wegen der beabsichtigten Prämienanleihe zur Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms sollen Meinungsverschiedenheiten entstanden sein. — Zu dem gestrigen Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten verlautet von unterrichteter Seite, daß hierbei eine eingehende Aussprache über die innerpolitischen Fragen und die bei den Kabinettsberatungen behandelten Gegenstände stattgefunden habe, die völli-ge Uebereinstimmung zwischen Reichspräsident und Reichskanzler ergeben habe. Alle gegen-teiligen Gerüchte seien unzutreffend.

Unterredung Brüning-Warmbold

Nach dem Vortrag beim Reichspräsidenten hat der Reichskanzler Brüning eine längere Unterredung mit Reichswirtschaftsminister Warmbold gehabt. Ueber den Verlauf derselben wurde nichts bekannt gegeben. Die Entscheidung über das Rücktrittsgesuch Warmbolds dürfte erst heute fallen. — Zum Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Warmbold schreibt die „Germania“ u. a.: „Der Rücktritt Warmbolds ist ein isolierter Vorgang, der die innerpolitische Lage in keiner Weise berührt. Weder ist er von ihr hervorgerufen, noch wird er irgendwelche Rückwirkungen auf sie auslösen. Wichtig ist nur, daß diese lokale Krise so schnell als möglich beendet und dem Reichskabinett seine volle Aktionsfähigkeit wiedergegeben wird. Die Arbeiten des Kabinetts, die uns über wichtige gesetzgeberische Maßnahmen und parlamentarische Entscheidungen sehr schnell nach Lausanne führen, vertragen keine Unterbrechung und keine Störung. Diese Tatsachen sind so zwingend, daß sich alle politischen Kombinationen, die an den Rücktritt Warmbolds etwa geknüpft werden sollten, ganz von selbst erledigen.“

Fortsetzung der Kabinettsberatungen

Das Reichskabinett hat am Dienstag vormittag die Beratungen über den Reichshaushalt fortgesetzt. Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, hat sich das Reichskabinett auch mit dem SA.-Verbot befaßt und beschlossen, die betreffende Verordnung so zu ergänzen, daß sie paritätisch auf alle gleichartigen Organisationen anzuwenden ist. Es ist beabsichtigt, eine Aufsichtsbehörde dafür zu bestimmen, die die Satzungen nachprüfen und nötigenfalls

Abänderung verlangen soll. Die Verordnung dürfte schon sehr bald herauskommen. Es ist anzunehmen, daß nach dieser neuen Verordnung der NSDAP die Möglichkeit gegeben ist, wieder Sonderformationen zu bilden, die aber keinen militärischen Charakter haben dürfen.

Wie verlautet, wird bereits heute die Ergänzungsverordnung zur Notverordnung über das SA.-Verbot erscheinen. Außerdem wird eine weitere Verordnung erlassen werden, die die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Gottlosenpropaganda erweitert.

Deutschnationale Stimmen zur Lösung der Regierungsfrage vor Lausanne

Zu der Frage, ob eine Klärung der innerpolitischen Verhältnisse vor oder nach der Lausanner Konferenz angebracht ist, äußert sich der den Deutschnationalen nahestehende „Schnelldienst“, der unter deutlicher Wendung an die Nationalsozialisten u. a. folgendes schreibt:

„Der Reichstag am 9. Mai hat über etwas ganz anderes zu entscheiden als über das Programm, das sich das Brüning-Kabinett in stundenlangen Sitzungen zurechtgemacht hat. Die Außenpolitik ist das Schicksal; in ihr liegt die Entscheidung. Alles andere ist Nebenwerk. Brüning muß wegl! Kein Mittel darf unverfügt bleiben, um ihn, gerade ihn daran zu hindern, noch einmal im Namen Deutschlands Abmachungen zu unterzeichnen. Es muß Klarheit darüber herrschen, daß für die, die den Artikel 4 des Freiheitsgesetzes gegen den Youngplan der Nation im Volksbegehren und Volksentscheid zur Beschlußfassung vorlegten, das Gesetz selbst eine bindende Verpflichtung bedeutet, der sie sich nicht entziehen können.“

Die Frage der Regierungsbildung in Preußen

Unter der Überschrift: „Was nun?“ befaßt sich im Börsen-Verbacher der nationalsozialistische Führer Dr. Fric mit der Lage und schreibt: Die NSDAP, sei entschlossen, in die Länderregierungen einzutreten. In Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg werde sich überall unter maßgebender nationalsozialistischer Beteiligung eine Regierung bilden lassen, wenn es den bürgerlichen Koalitionspartnern mit der Bekämpfung des Marxismus wirklich ernst sei. Schwieriger lägen die Dinge in Preußen. Preußens Schicksal sei deutsches Schicksal. Es müßte zu unhaltbaren Zuständen führen, wenn das Zentrum in Preußen mit den Nationalsozialisten zusammen eine Regierung bilden würde, im Reiche aber nach wie vor von Gnaden der Sozialdemokraten regieren wolle. Nur gleichgerichtete Regierungen im Reiche und in Preußen gewährleisten eine fruchtbare Zusammenarbeit. Dazu bedürfte es zunächst der Auflösung des Reichstages. Deutschland gehe schweren Zeiten entgegen. Vom reinen Parteistandpunkte aus bestehe für die NSDAP, gewiß kein Anlaß, gerade in diesem Zeitpunkt durch ihren Eintritt in die Regierungen in Preußen und dem Reiche die bisherigen Systemträger irgendwie zu entlasten. Entschliche sie sich trotzdem zur Übernahme der Verantwortung, so könne das nicht geschehen mit von vornherein unzulänglichen Mitteln, sondern nur gestützt auf eine Machtstellung, die der Größe und Schwere der Aufgabe entspreche.

Die Hindenburgwahl für gültig erklärt

U. Berlin, 4. Mai. Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag kam nach zweitägiger Beratung zu folgendem Urteil: „Die am 10. April 1932 vollzogene Wahl des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten ist gültig“. In der Begründung des Urteils heißt es u. a.: „Das Wahlprüfungsgericht ist bei Beurteilung der zahlreichen Einzelbeschwerden der Auffassung des Reichsbeauftragten beigetreten, wonach diese zum weitaus größten Teil unbegründet sind und auch die wenigen als begründet anzuerkennenden Beschwerden das Wahlergebnis in keiner Weise beeinflussen. Bezüglich der sozialdemokratischen Beschwerde kann dahingestellt bleiben, ob und in welchem Umfang die behaupteten Terrorakte der Nationalsozialisten stattgefunden haben. Eine Anfechtung der Wahl, die übrigens auch von den Beschwerdeführern nicht erklärt wird, begründen sie nicht.“

Die Beschwerde der NSDAP läßt sich in vier Gruppen zusammenfassen: Verwendung öffentlicher Mittel für die Wahl, einseitige Verwendung des Rundfunks, einseitige polizeiliche Maßnahmen gegen die Wahlpropaganda unangesehener Hilters und Beeinträchtigung der freien Meinungsäußerung durch Aufrechterhaltung der Notverordnung. Der Reichsbeauftragte ist diesen Beschwerden entgegengetre-

ten. Das Wahlprüfungsgericht ist in Übereinstimmung mit seinem Urteil vom 8. Mai 1925, wobei es sich um die Wahl Hindenburgs mit einer Mehrheit von rund 904 000 Stimmen handelte, zu folgendem Ergebnis gekommen:

Im Hinblick auf den großen Vorsprung, den bei der jetzigen Wahl der Generalfeldmarschall von Hindenburg vor dem nächsten Wahlbewerber Adolf Hitler erzielt hat, nämlich den Vorsprung von nahezu sechs Millionen Stimmen, muß auch dann, wenn die beanstandeten Vorkommnisse in ihrem vollen Umfange bewiesen würden, nach der Überzeugung des Wahlprüfungsgerichtes festgestellt werden, daß dadurch das Wahlergebnis nicht in Frage gestellt werden kann.

Erweiterung des freiw. Arbeitsdienstes

U. Berlin, 4. Mai. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung hat gestern nachmittag eine Vorlage über die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes verabschiedet. Die verabschiedete Vorlage der Verordnung über die Verlängerung des Arbeitsdienstgesetzes sieht vor, daß alle Arbeitslosen unter 25 Jahren, gleichgültig ob sie Anwartschaft in der Arbeitslosenversicherung oder Krisenunterstützung besitzen oder ob sie Bezahler von Wohlfahrtsgeldern sind, dem freiwilligen Arbeitsdienst zugeführt werden.

Tages-Spiegel

Reichswirtschaftsminister Prof. Warmbold hat infolge von Meinungsverschiedenheiten im Reichskabinett sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Als Nachfolger werden Trendelenburg und Goebeler genannt.

Mit dem Erlass einer Notverordnung zur Umgestaltung der militärischen Verbände wird noch für heute gerechnet. Der Erlass über das SA.-Verbot soll offenbar so ergänzt werden, daß er paritätisch für alle gleichartigen Verbände anzuwenden ist.

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hat die Wahl Hindenburgs für gültig erklärt.

Der deutsche Gesandte in Kowno hat bei der litauischen Regierung Beschwerde gegen die Nichtachtung der Bestimmungen des Memelstatuts erhoben.

Der englische Handelsminister Runciman forderte in einer Rede vor der Londoner Handelskammer die Beseitigung der Tribute und Kriegsschulden.

Im Genfer Flottenausschuß kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung wegen der Abschaffung der Flugzeugmuttertschiffe, welcher sich der Vertreter Amerikas entschieden widersetzte.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. April zeigt der Bestand an Deckungsmitteln eine Zunahme um 0,5 Millionen auf 989,5 Millionen A.M. Da sich der Notenumlauf um 25,9 Mill. erhöht hat, ist die Notenbedeckung von 25,6 vom Hundert in der Vorwoche auf 24,0 v. H. zurückgegangen.

Deutscher Schritt in Kowno

U. Kowno, 4. Mai. Der deutsche Gesandte in Kowno, Morath, ist gestern bei der litauischen Regierung vorstellig geworden und hat Beschwerde darüber geführt, daß das deutsche Generalkonsulat in Memel vor einigen Tagen demant und besudelt worden ist. Der litauische Außenminister Janinis hat, wie in solchen Fällen üblich, die Bestrafung der Täter und eine gründliche Untersuchung zugesagt.

Gleichzeitig hat der deutsche Gesandte darauf hingewiesen, daß die verschiedenen litauischen Maßnahmen im Memelgebiet wie die Einbürgerung von Litauern, die Zusammenziehung der Wahlauschüsse und die verschiedenen Uebergriffe bei deutsch-memelländischen Wahlversammlungen in mehreren Orten nicht mit den Bestimmungen des Memelstatuts übereinstimmen und eine unzulässige Wahlbeeinflussung sind. Da nach den Völkerbundbestimmungen ein Staat, der irgend eine Bestimmung der internationalen Abkommen verletzt, zunächst darauf aufmerksam gemacht werden muß, ehe weitere Schritte gegen ihn unternommen werden können, hat sich die deutsche Regierung hiermit die Möglichkeit geschaffen, nach den Wahlen alle ihr notwendigen erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, vor allem unter Umständen auch die Wahl anzusetzen.

Den heute im Memelgebiet stattfindenden Wahlen wird in Berlin mit größter Beforgnis entgegengesehen, da trotz aller gegenteiligen litauischen Behauptungen litauische Machenschaften, die den Verlauf der Wahl beeinflussen können, befürchtet werden. Das Verhalten der Litauer nicht nur im eigentlichen Stadtgebiet von Memel, sondern auch in anderen Ortschaften des Memelgebietes verdient allergrößte Aufmerksamkeit.

Fünfmächtebesprechung erst am 10. Juni?

U. Genf, 4. Mai. Ueber die endgültige Festsetzung der neuen Fünfmächtebesprechung sind fortlaufend Besprechungen auf diplomatischem Wege im Gange. Von amtlicher englischer Seite wird ausdrücklich erklärt, daß England an dem bisher vorgesehenen Zeitpunkt des 17. Mai festhält und daß aller Voraussicht nach Macdonald dazu nach Genf kommen werde. Ferner haben sich Amerika, Deutschland und Italien mit dem Zeitpunkt des 17. Mai einverstanden erklärt. Dagegen steht die französische Antwort noch aus. Trotz des halbamtlichen Optimismus auf englischer Seite bestehen hier lebhafteste Zweifel an dem Zustandekommen dieser Besprechung im Laufe des Mai, da in jedem Fall mit einer Umbildung der französischen Regierung gerechnet wird und die neue Kammer erst am 1. Juni zusammentritt. Das neue französische Kabinett könnte somit frühestens in der ersten Juniwöche gebildet werden, so daß nach hiesiger Auffassung die Fünfmächtebesprechung kaum vor dem 10. Juni stattfinden kann. Sie würde damit kurz vor dem Zusammentritt der Lausanner Konferenz stattfinden.

fonische
prompt
kauften
ch unser

5. Mai

erzug

27 Uhr
20¹⁷ Uhr.
M. 2.20
tuttgart.

auf
Art
preisen,
en)

ilburg.

igen im
blatt“.

Bohm
zu

Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes?

Die geplante Abkehr vom Achtstundentag — Verringerung der Steuer- und Soziallasten ein zwingendes Gebot wirtschaftlicher Vernunft — Und das Siedlungsproblem?

Eine blühende Privatwirtschaft ist die beste Versorgung für alle Erwerbstätigen! Diese Erkenntnis vertrat kürzlich eine führende Persönlichkeit des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Und wer sich die glücklichen wirtschaftlichen Verhältnisse ins Gedächtnis zurückerinnert, die vor dem Kriege in Deutschland bestanden, ist geneigt, sich diese Anschauung selbst zu eigen zu machen. Zugegeben, daß die auf freiem Spiel wirtschaftlicher Kräfte aufgebaute kapitalistische Wirtschaftsordnung jahrhundertlang eine ausgezeichnete Versorgung aller Erwerbstätigen darstellte, daß sie darüber hinaus eine glänzende Entfaltung der Technik aus bescheidensten Anfängen ermöglichte, so muß doch andererseits immer wieder darauf hingewiesen werden, daß gerade die Hochblüte dieser Wirtschaftsordnung in Form von unpersönlichen Mammutunternehmungen zu Auswüchsen führte, deren soziale Wirkungen sich überall in bedenklichster Weise fühlbar machten.

Aber auch die später unter dem Eindruck dieser Erkenntnis eingeschlagenen Wege, die in entgegengesetzter Richtung die Wirtschaften der einzelnen Länder ins Gebiet unzulänglicher Sozialisierungsversuche führten, erwiesen sich sehr bald als Irrspfade. Nach den mißglückten Versuchen, private Wirtschaftsbetriebe auf dem Wege der sogenannten „kalten Sozialisierung“ verstaatlichungsreif zu gestalten, wandte man, und zwar am planmäßigsten in Deutschland, eine andere Methode an: die des verkappten Staatssozialismus.

Der Anteil des Staates am gesamten Ertrag der Wirtschaft wuchs von Jahr zu Jahr in Form von vermehrten Steuern und Lasten, die dieser dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus der Tasche zog, und zwar zum Schaden der Gesamtwirtschaft! Man sprach amtlicherseits dauernd von der Ankerbelastung der Wirtschaft, lähmte aber gleichzeitig die Kaufkraft der Arbeitnehmerschaft durch ein wahres Buffet von Steuererhöhungen und feuerte auf der anderen Seite selbst die bescheidensten Ansätze zur Kapitalbildung und des Unternehmergewinns innerhalb der freien Wirtschaft fort. Und unser gesamtwirtschaftliches Denken wurde allmählich in staatskapitalistische Bahnen gelenkt.

Jahrelang hielt man den Gedanken der unproduktiven Erwerbslosenunterstützung für den einzig praktischen, und als man in Verfolg dieser Anschauung schließlich ins Uferlose gewaltig angeschwollener Soziallasten, die von der Allgemeinheit der noch Erwerbstätigen aufgebracht werden mußten, geriet, war es mittlerweile zu spät geworden, um diesen Weg kurz entschlossen verlassen zu können. Nun erblickt man ausgerechnet in den Kreisen der freien Gewerkschaften, welche die Erhaltung des Achtstundentages ja fast zu einer weltanschaulichen Forderung erhoben hatten, das Allheilmittel zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit in Deutschland in einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit. Man hofft auf diese Weise Tausende von Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß eingliedern zu können und verfißt dabei gleichzeitig die Ansicht, die Löhne und Gehälter der durch Notverordnung zur Kurzarbeit verurteilten Angestellten und Arbeiter dürften trotz der Einstellung zahlreicher neuer Arbeitskräfte nicht weiter gesenkt werden. Wie die Unternehmerschaft allerdings dieser Doppelforderung entsprechen soll, kann füglich als ein Rätsel bezeichnet werden.

Im allgemeinen betrachtet, besteht zweifellos für die nächsten Monate, wenn nicht Jahre, der Zwang für die deutsche Wirtschaft, das jeweils vorhandene Arbeitsquantum so aufzuteilen, daß ein möglichst großer Teil der Arbeitslosen beschäftigt werden kann. Nimmt man eine vierzigstündige Arbeitswoche als Norm für die nächste Zukunft an, so ergibt sich — rein theoretisch — daß dort, wo bisher zehn Arbeitskräfte angestellt waren, künftig mindestens zwölf Beschäftigung finden werden. Das ergäbe dann allerdings unter der Voraussetzung gleichbleibender Erzeugung und eines nicht erhöhten Produktionssertrages eine Vohnsenkung für den einzelnen Arbeiter und Angestellten im gleichen Verhältnis, eine Senkung, die lediglich um etwaige Einsparungen aus verringerten Lasten für die Erwerbslosenunterstützung vermindert werden könnte. Damit aber wäre der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit wenig gedient. Eine Minderung des Lohnausfalls müßte im gesamtwirtschaftlichen Interesse schon deshalb erzielt werden, um eine gewisse Belebung des Binnenmarktes durch Erhöhung der Kaufkraft der werktätigen Kreise unserer Bevölkerung herbeizuführen. Daraus ergibt sich klar, wo der Hebel angelegt werden muß: Eine allgemeine Verringerung der Steuer- und Soziallasten ist endlich durchzuführen. Die viel zu vielen Steuern sind ganz oder teilweise abzubauen beziehungsweise zu vereinfachen, desgleichen alle Sozialabgaben, und zwar müssen sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer ungeschmälert in den Genuss dieser Steuer- und Lastenerleichterung gelangen. Ein jeder Tag, der in Auswirkung einer ungesunden Deflationspolitik weitere Teile der deutschen Wirtschaft zum Erliegen bringt, fügt der Gesamtwirtschaft Verluste zu, die vielleicht erst in jahrelanger mühseliger Arbeit wieder wettgemacht werden können.

Eins ist klar: Die Fortführung der Sozialversicherung in ihrer bisherigen überaus kostspieligen Form ist nunmehr praktisch unmöglich. Versuche, sie auf verbreiteter Grundlage in gleicher Weise bestehen zu lassen, sind im Laufe der letzten Zeit übergenug zu verzeichnen gewesen. Erwähnt sei hier nur einer der letzten, der Gedanke einer sogenannten Kollektivversicherung, die aus den Beiträgen aller Wirtschaftsgruppen sowie aus den Sozialversicherungen und den Pensionen der Beamten und Offiziere gebildet werden sollte. Ob diese allgemeine Zwangsversicherung, wie ihre Befürworter anzunehmen scheinen, es wirklich jedem Deutschen ermöglichen würde, „sorgenfrei seinem Alter entgegenzusehen“, ist eine noch ungelöste Frage.

Endlich wäre vielleicht noch ein Ausbau des Siedlungsangebots unter Berücksichtigung aller — keineswegs immer günstigen — Erfahrungen, die man bisher mit der Nebenruhsiedlung, der Stadtrandruhsiedlung, der vorstädtischen Kleinsiedlung insbesondere und der leidigen Erwerbslosensiedlung gemacht hat, geeignet, eine langsame Verbesserung der Lage des deutschen Arbeitsmarktes herbeizuführen. Wobei allerdings immer wieder im Vordergrund aller Versuche die Erwägung zu stehen hätte, daß vorerst wenigstens Teillösungen erzielt werden müssen, deren Kosten in einem normalen Verhältnis zu ihrem Gesamterfolg stehen.

Parteien-Erneuerung

Die Wahlschulden — Das Führerproblem.

Die letzten Länderwahlen werden nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch weitgehende Folgen haben. Es ist anzunehmen, so wird in parlamentarischen Kreisen verifiziert, daß einzelne Splitterparteien überhaupt auf eine weitere Betätigung im Wahlkampf verzichten werden. Es darf nicht vergessen werden, daß gerade diese kleinen Parteien nicht unbeträchtliche Wahlschulden haben, die jetzt von einer zusammengeschmolzenen Mitgliederzahl gedeckt werden sollen. Dabei wird wohl mancher Parteifreund noch die Flucht ergreifen, um zur Deckung der Wahlschulden nicht herangezogen zu werden. Rechtlich kann er zwar nicht dazu gezwungen werden, die Schulden seiner Partei zu zahlen, aber es ist immerhin eine unangenehme Sache, einer Organisation anzugehören, deren Mittel erschöpft sind und die noch Außenstände zu begleichen hat. Man nimmt deshalb in parlamentarischen Kreisen an, daß bei den nächsten Wahlen erheblich weniger Parteien in Wettbewerb treten werden, zumal ja auch erzwungen wird, die Zahl der für die Wahlvorschläge erforderlichen Unterschriften erheblich heraufzusetzen und von jeder Partei, die sich offiziell am Wahlkampf beteiligt, wie in England, eine Bürgschaftssumme zu verlangen, die dem Staat verfällt, wenn die betreffende Partei einen bestimmten Prozentsatz an Wählern nicht erreicht hat.

Aber auch die anderen Parteien, die noch im Kampfe stehen, sind damit beschäftigt, die organisatorischen Lehren aus diesen Wahlkämpfen zu ziehen. Man ist ziemlich allgemein zu der Auffassung gelangt, daß die bisherige Partei- und Bewegungsmaschine viel zu schwerfällig ist, so daß sie von einer jungen aufstrebenden Bewegung mit Leichtigkeit überrannt werden kann. Man ist in den Kreisen der Parteileitungen zu der Erkenntnis gekommen, daß der bisherige Instanzenzug in einer Partei viel zu umständlich ist, und daß er in seiner Schwerfälligkeit die Bewegungsfreiheit der Partei hindert. Es wird deshalb nahezu bei allen Parteien angestrebt, größere Machbefugnisse in die Hände der Führer zu legen, die sich mit einem sorgfältig ausgesuchten Generastab umgeben müssen, der die Anordnungen der Führer schnell und entschlossen zur Ausführung bringt. Das Führerproblem steht wieder einmal mehr denn je im Vordergrund des politischen Interesses. Die Massenentscheidungen haben sich anscheinend überlebt.

Die kommunistische Zersetzungsbearbeitung

— Leipzig, 3. Mai. In der Verhandlung des 4. Strafsenats des Reichsgerichts wegen der kommunistischen Zersetzungsbearbeitung im Reiter-Regiment 9 und wegen Zersetzung der Polizei gegen 12 Angeklagte aus Fürstenwalde und Berlin sagte der Vertreter des Oberstaatsanwalts, Oberstaatsanwalt Dr. Eichler, u. a.: Es ist hier ein Fall von kommunistischer Zersetzungstätigkeit festgestellt worden, wie er noch nie Gegenstand eines Verfahrens war. Die Verhandlung hat die ungeheuren Gefahren gezeigt, die dem Bestand des Reiches durch die Zersetzung der staatsbehaltenden Einrichtungen, Polizei und Reichswehr, drohen. Es ist kein Zweifel, daß die Taten der Angeklagten besonders schwer wiegen. Der Angeklagte Schulz ist der Leiter der Zersetzungsbearbeitung. Er wollte Teile des Reiter-Regiments 9 für die kommunistischen Ziele gewinnen, d. h. die Soldaten für den Fall des gewalttätigen Umsturzes, den die kommunistische Partei nach gerichtlicher Feststellung erstrebt, auf die Seite der Kommunisten herüberziehen oder sie veranlassen, in einem solchen Falle wenigstens untätig zu bleiben. Schulz hat vor allem versucht, einen Obergefreiten Meier für seine Zwecke zu gewinnen und eine Soldatenzeitung „Der rote Reiter“ herauszugeben.

Politische Kurzmeldungen

Die Platzverteilung im neuen Preussischen Landtag bereitete einiges Kopfzerbrechen. Die Deutschnationalen, einst Inhaber der Plätze auf der äußersten Rechten, wünschten dort nicht verdrängt zu werden. Da die NSDAP aber diese Plätze mit Recht in Anspruch nahm, mußten sich die Deutschnationalen mit der Tatsache, nun fast in der Mitte des Hauses zu sitzen, abfinden. — Die französische Regierung hat im Luftfahrtausschuß der Abrüstungskonferenz beantragt, die großen Luftschiffe mit weitem Wirkungsbereich in das Programm der verbotenen Angriffswaffen einzubeziehen. Die deutsche Abordnung dagegen hat bekanntlich beantragt, die gesamte Militärluftfahrt als Angriffswaffe zu erklären. Sie hat jetzt in Ergänzung dieses Antrags einen Zusatzantrag eingebracht, in dem die Begriffsbestimmung für Militärflugzeuge festgelegt wird. — In Frankreich bereitet sich ein Wahlbündnis zwischen Sozialisten und Radikalen vor. Für die Stichwahlen am kommenden Sonntag erwartet man in Paris starke Gewinne der Linksparteien. — Mit dem 1. Mai haben für Polen die Freiheiten ihr Ende gefunden, die ihre Kriegsschiffe bisher im Danziger Hafen genossen. Sie konnten bis dahin jederzeit in den Hafen einlaufen. Jetzt gelten auch für Polen die internationalen Hafenbestimmungen. Sie müssen also ihre Kriegsschiffe vorher anmelden. — Im Mosfauer Außenkommissariat wird erklärt, man lege Wert auf das Weiterbestehen Danzigs als Freistaat. Das Danziger Problem sei völlig anders als die Wina-Frage. Ein polnischer Streit gegen Danzig könne in Osteuropa unabsehbare Folgen hervorrufen. — Eine umfangreiche konterrevolutionäre Verschwörung gegen die Sowjetregierung und die Durchführung des Fünfjahresplanes ist durch die Agenten der GPU im Nordkaukasus aufgedeckt worden. Sechzehn angebliche Mitglieder der Verschwörung wurden verhaftet. — In dem spanischen Städtchen Bonillo (Provinz Albacete) überfiel die von Kommunisten geführte Einwohnerwehr die dortige Polizeiwache und entwarf sie. Von den anwesenden 4 Beamten wurde einer getötet und zwei schwer verletzt. — In Shanghai wurde ein chinesisches Mitglied der Washington-Kommission überfallen und verletzt. — Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm einen Gesetzentwurf an, der die Stabilisierung des Dollars auf der Basis des Wertes von 1936 durch das Bundesreservamt vorsieht. —

Die Prämienanleihe

zur Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Ueber die sogenannte Prämienanleihe zur Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms macht der „Berliner Börsencourier“ nähere Angaben. Der Vortextcharakter soll besonders den mittleren und kleineren Kapitalbesitzern einen Anreiz bieten. Außerdem soll die Anleihe in sehr kleinen Stücken ausgegeben werden, um allen Kreisen die Möglichkeit zur Zahlung zu bieten. Der Zinssfuß dürfte sehr niedrig gehalten werden und sich zwischen vier und fünf Prozent bewegen. Optimisten rechnen mit einem Ergebnis von mehreren hundert Millionen. Die Zeichnungsfrist soll auf ein Jahr festgesetzt werden. Infolgedessen wird eine Zwischenfinanzierung notwendig sein, für die nur die Reichsbank in Frage käme, die angeblich 170 Millionen bereitstellen wolle. Bringt die Anleihe einen größeren Betrag, dann sollen allein 200 Millionen für die ländliche Siedlung aufgewendet werden. Man glaubt, insgesamt etwa 50 000 Siedlerstellen einrichten zu können.

Die Siedlungstätigkeit des Reiches

Von den amtlichen Stellen werden jetzt genaue Mitteilungen über die Siedlungsergebnisse im Reich gemacht. Seit Bestehen des Reichsiedlungs-Gesetzes vom Jahre 1919 wurden bis Ende 1930 insgesamt rund 750 000 Hektar zu Siedlungszwecken erworben oder bereitgestellt. Diese Fläche kommt ungefähr an die Größe des Landes Hessen (769 000 Hektar) heran. Unter dem Einfluß der staatlichen Hilfeleistung für den deutschen Osten verlegte sich der Schwerpunkt der Siedlungstätigkeit nach den östlichen Gebieten. So pflanzte der Landwerb in Ostpreußen, der im Durchschnitt der Jahre 1919 bis 1928 etwa 7400 Hektar und im Jahre 1928 bereits rund 19 000 Hektar betragen hatte, 1929 auf 29 675 Hektar und 1930 auf 37 264 Hektar an. In ähnlicher Weise nahm der Landwerb in Pommern zu.

Seit dem Reichsiedlungs-Gesetz wurden bis Ende 1931 im Deutschen Reich 49 900 Neusiedlerstellen errichtet. Zum Vergleich sei erwähnt, daß das Land Anhalt 1925 etwa 40 000 und der oldenburgische Landesteil Oldenburg etwa 55 000 landwirtschaftliche Betriebe aller Größenklassen besaß.

Der Reichsbahnabschluß 1931

Die Betriebsrechnung zeigt mit einer Einnahme von 3848,7 Millionen Rm. (im Vorjahre 4570,2 Millionen) einen Rückgang von 721,6 Millionen Rm. gegenüber 1930. Da bereits im Vorjahre die Einnahmen um 788,5 Millionen Rm. gesunken waren, besteht zwischen 1931 und 1929 ein Mindereintrag von 1505,1 Millionen Rm. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung stellen sich die Ausgaben der reinen Betriebsrechnung auf 3622,5 (4090,4) Millionen Rm., vor Zahlung der Reparationen ergibt sich also ein Betriebsüberschuß von 226,2 (480,0) Millionen Rm. Bei den Betriebsausgaben sind 467,9 Millionen Rm. eingesparrt worden, um für die Mindereinnahmen einen teilweisen Ausgleich zu schaffen. Die Einsparung bei den Personalausgaben betrug 320 Millionen Rm., sie ist zurückzuführen auf die Verringerung des Personalstandes (Jahresdurchschnitt 1931 644 000 gegen 1930 700 000), auf die Kürzung der Beamtengehälter um 10 bis 14 Prozent und auf die Schiedsprüfung für die Herabsetzung der Arbeiterlöhne im April und November. Die vom 1. Januar 1932 ab durch Notverordnung eingetretene weitere Gehalts- und Lohnherabsetzungen werden im Jahre 1932 eine Minderausgabe von 200 Millionen Rm. verursachen.

Als Folge für die Finanzierung 1931 ergab sich eine Aufzehrung der gesetzlichen Reserven. Die Betriebszahl verschlechterte sich auf 94,12, d. h. von 100 Rm. Betriebsentnahmen entfielen 94,12 Rm. auf Betriebsausgaben.

Rube über die Koalitionsfrage in Preußen

Anläßlich des fünfjährigen Gründungstages der ehemaligen Zeugmeisterei Ost äußerte sich, wie der „Angriff“ meldet, der Führer der nationalsozialistischen Preußenfraktion, Abgeordneter Rube, in bemerkenswerter Weise über die Koalitionsfrage. Auf keinen Fall, so betonte er, würden wir in eine Koalition eintreten, an der die Deutschnationalen nicht auch beteiligt seien. Ob es zu einer Koalition mit dem Zentrum komme, stünde noch nicht mit völliger Sicherheit fest. So oder so werde es doch über kurz oder lang zu einer Landtagsauflösung kommen, und dann müßten und würden wir auch die wenigen zur absoluten Mehrheit notwendigen Mandate noch hinzugewinnen.

Wirt. Amtsgericht Calw

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Paul Rüdiger, Inh. der Einzelfirma Paul Rüdiger, Geschäft für Bekleidungs- und Ausstattungsartikel in Calw ist nach rechtskräftiger Befestigung eines Zwangsvergleichs und Abhaltung des Schlusstermins aufgehoben worden.
Den 2. Mai 1932.

Unseren geschätzten Kunden zur Aufklärung, daß wir mit dem

Vergleichsverfahren
der Firma **Karl Burkhardt,**
Holzhandlung, hier,
nichts zu tun haben.

Ernst Burkhardt & Co.,
Sägewerk und Holzhandlung
Unterreichenbach

Bezirks = Missionsfest

in Calw, Himmelfahrtsfest, 5. Mai

Vorfeier: Mittwoch, 4. Mai, abends 8 Uhr, Vereinshaus: Vortrag von Stadtpfarrer Müller, Zavelstein.

Hauptfeier: 5. Mai, nachm. 1/3 Uhr in der Kirche; (es wird 10 Min. vorher geläutet).

Redner: Missionar Burkhardt, Cannstatt (Brüdergemeinde) und Missionar Schimming, Stuttgart (Basler Mission). Anschließend: **Nachfeier** im Schützchen Garten. Opfer für die Basler und Herrnhuter Mission.

Der Bezirksausschuß für die Basler Mission.



In keinem Haushalt sollte der gute Serva-Kaffee fehlen. Er ist ja schon zu haben das 1/4 Pfund von 60 Pfg. an mit 5 Proz. Rabatt
C. Serva, Calw
Fernsprecher Nr. 120

Oberkollwangen, den 4. Mai 1932

Dankfagung



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir beim Heimgange unseres lieben, unversehrlichen Vaters

Michael Hammann
Kaufmann

erfahren durften, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Schmelze, für den erhabenden Gesang des Kirchenchors unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Stahl, für die letzte Ehrung seitens des Herrn Bürgermeister Lörcher und des Gemeinderats, für die vielen Blumenspenden, sowie allen denen, die ihn auf seinem letzten Gang begleitet haben, sagen wir auf diesem Wege unseren aufrichtigsten Dank.

In tiefer Trauer:
Familie Hammann

Steinhauser Geldlotterie
Ziehung garantiert 21. Mai
Gesamt-, Höchst- und Hauptgewinne:
10000
5000
4000
2500
Lose nur 50 Pfg. Doppellose 1 Mk.
Porto- u. Liste 30 Pfg. In all. Verkaufsst. u.
J. Schweickert, Stuttgart
Marktstraße 6 / Postscheckkonto 2055

Hier bei: Wirt. W., Freibur.

Walwurzflied lindert Schmerzen!

„Nach 14 Tagen verspürte ich eine merkwürdige Besserung, ich konnte mein Bein wieder heben, ohne Schmerzen ins Bett steigen und wieder ganz gut gehen. Ich ähnte mich zu den glücklichsten Menschen.“
Große Fl. RM. 1.70; Spezial doppelstark RM. 2.56 zu haben in den Apotheken zu **Calw, Leinach & Liebenzell.**

Ihr Ausflug am Himmelfahrtstag nur
KURSAAL BAD LIEBENZELL
Großes Festkonzert ausgeführt vom
Symphonie-Theater-Orchester Pforzheim
Nachmittags 1/4-6 Uhr. — Eintritt 50 Pfg. —
Wiener Konditorei, ff. kalte Küche, prima Fl.-Weine von 2 Mk. aufwärts.
Großer Parkplatz und guter Tennisplatz.
Vereine und Kaffeegesellschaften **besondere Vergütungen** nach Vereinbarung.

Bestellungen
auf sämtliche Sorten
Rohlen zu Sommerpreisen
nehmen entgegen
W. Dingler **A. Staud**
Fr. Bauer **G. Eitel.**

Zwangsversteigerung.
Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert
Freitag, den 6. ds. Mts., 13 Uhr in Zavelstein:
2 leere Fässer, 1 Drehschneidmaschine, 1 Kreisäge mit Gestell, 18 Uhr in **Oberkollbach:** 1 Sofa, plüsch, fast neu. Zusammenkunft je beim Rathaus.
Ger.-Vollst.-Stelle.

Zwangsversteigerung.
Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert
Freitag, den 6. ds. Mts., 10 Uhr in Unterreichenbach: Kontrollkasse, Flurgarderobe, Zimmerbuefel, Nähmaschine, Divan. Anschließend: 1 Schreibtisch. Zusammenkunft beim Rathaus.
Ger.-Vollst.-Stelle.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM
Trenchcoat-Mäntel
„Bingen“, imprägniert, marine oder mode, breiter Gürtel **8.75**
„Bamberg“, breites Steppreuer, reihlig, Metallknöpfe **12.50**
„Kiel“, reine Wolle, breitle Innenbesätze, marine **19.50**
„Köln“, imprägniert, Wollgebarline, marine oder mode **24.50**
„Trier“, Wollgebarline imprägniert, schwere Qualität, breites Revers **29.50**

Mühlhingen Station Weilderstadt
Sege meine **2 Nachtfarren**

13 Monate alt, Rotfleck, sehr schöne Tiere, dem Verkauf aus. Abstammungsnachweis.
Christian Lechler Schäfer

Jeden Dienstag u. Freitag Vormittag werden **Rudelböden** abgegeben bei **Hermann Schnäcke**
Hühneraugen Hornhaut eingewachs. Nägel entfernt ohne Messer
J. Obermatt
Bahnhofstr. 29, 1. Et.

Für den Herrn
Oberhemden
Sporthemden
Kragen
Cravatten
Socken
Kosenträger
Taschentücher
Karl Stüber - Biergasse

Wasserglas
geruchlos und wasserhelle Ware, empfiehlt, auch an Wiederverkäufer
R. Hauber.
Das autogenische Schweißen von Guß Schmiedeeisen und Stahl
übernimmt bei billiger Berechnung
Wilh. Koller
Schmiedemeister, Neubulach

Gültlingen.
Cirka 100 Zentner gut eingebrachtes **Wiesenheu** sowie ca. 50 Zentner **Stroh** hat zu verkaufen **Frau Elisabeth Pfommer**

Drucksachen
aller Art liefert rasch sauber und preiswert die Druckerei ds. Bl.

Vor dem Markte
müssen Sie noch mit einer größeren Anzeige auf die Vorzüge Ihrer Waren aufmerksam machen! Sonst laufen Sie Gefahr, einen Teil Ihrer Landkundschaft zu verlieren.

Mariele Weiß
Sigmund Braun
grüßen als Verlobte
5. Mai 1932
Calw Dankheim/Tübingen
Calw

Fußballwettspiele am Donnerstag (Himmelfahrtsfest)
1/2 21hr **F. B. Zuffenhausen Jug. I. — Calw Jug. I.**
1/2 21hr **F. B. Zuffenh. A. S. - Mannsch. - Calw homb. Mannsch.**
4 Uhr **F. B. Zuffenh. Junioren — Calw Junioren**
Sportplatz Calwerhof

Turnverein Calw v. 1846
Am Himmelfahrtsfest
Wanderung
über **Welterschwann-Rötenbach-Wirzbach-Schmiech-Bad Leinach.**
Abmarsch morgens 7 Uhr am **Georgenäum.** Rückkehr abends mitnehmen. Unsere aktiven und passiven Mitglieder werden zur Beteiligung freundlich eingeladen.
Calw, den 3. Mai 1932. **Der Turnrat.**

Hotel und Café SCHLAG
Bad Liebenzell
Am Himmelfahrtstag ab 3 Uhr **KONZERT**
ab 7 Uhr **TANZ**

Hotel Adler / Bad Liebenzell
Morgen Himmelfahrtstag
T. A. N. Z

Spindlershof — Zavelstein
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 7. und Sonntag, den 8. Mai 1932, in unserem elterlichen Haus, Gasthaus zur „Arona“ in Zavelstein stattfindenden
Hochzeitsfeier
freundlichst einzuladen.
Friedrich Pfommer
Sohn des Gottlieb Pfommer, Spindlershof
Sophie Maft
Tochter des + Adam Maft, Zavelstein
Kirchgang 1/2 1 Uhr in Zavelstein
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Simmozheim
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, zu unserer am Samstag, den 7. Mai 1932, stattfindenden
Hochzeitsfeier
in das Gasthaus zum „Lamm“ in Simmozheim freundlichst einzuladen.
Friedrich Niethammer, Maurer
Sohn des Gottlob Niethammer
Maurer in Simmozheim
Karoline Lörcher
Tochter des + Jakob Lörcher
Maurer in Simmozheim
Kirchgang um 12 Uhr

Achtung! Achtung!
Wegen Ueberproduktion geben wir solange Vorrat
1/4 Pfd. Tilsiter 30% Fett nur **25 Pfg.**
Greifen Sie zu, es lohnt sich, einen Versuch zu machen.
Stangenkäse 20% Fett Pfd. 48
Wetterlanne-SÜB-Butter
1/2 Pfd. **85**
Käse-Baup
Allgäuer Käse-Spezialgeschäft

Erst...
Täglich...
der Son...
Anz...
a) im...
die Seite...
b) im R...
die Seite...
Auf S...
komme...
Für P...
kann...
überno...
für bei...
N...
N...
Einfüh...
zu. B...
woch zwi...
ordnung...
militär...
Kontro...
unterst...
kommu...
mit sofor...
gelöst w...
lan...
3 we...
1. Po...
sind oder...
verpflicht...
ihre Sa...
haben fern...
tigte S...
ihre Tätig...
2. Die...
unverz...
ändern...
mung i...
weit die...
Sicheru...
berlich...
über die...
1. Ber...
kommen...
Zunern...
bestimmun...
des Zinner...
werden...
2. Geg...
gen vom...
die beim...
keine auff...
bet der...
geregelt...
Diese...
Die zur...
Rechts-...
ster des...
ähnliche...
anzusehen...
Die...
nachgeord...
kerorgan...
Freidenke...
Freidenke...
kommissio...
Freiden...
einfach...
s o f o r t i...
Wer...
gelöst wor...
ganisation...
treiben...
folgt oder...
oder den...
schen Zus...
f ä n g u...
der Gefän...
Beschlag...
nung zulä...
Die...
Rechts-...
minister...
Rein Wie...
Von...
zweite...
der Staat...
Verbände...
bestehen...
im Sinne...
national...
worden...
ob eine...
verbotene...
das Gerid...